

„Der Sozialstaat ist die wichtigste Erfindung des 20. Jahrhunderts.“

(Karl Popper)

Krankenkassenfusion: Brutale Enteignung und Entmündigung der Versicherten

Das ist keine Reform, das ist ein Anschlag auf unsere Versorgung!

Gleich vorweg: Der türkis/blauen Regierung geht es bei der Fusionierung der Krankenkassen nicht ums Sparen. Es geht um politische Kontrolle und dabei vergreift sich türkis/blau an den Beiträgen der 1,3 Millionen oberösterreichischen Versicherten.

Nur etwa 750 Millionen der insgesamt 2,042 Milliarden Euro Beitragseinnahmen der OÖ GKK resultieren aus Dienstgeberbeiträgen. Durch eine brutale Machtverschiebung in den Gremien wird der Einfluss der Unternehmer derart gestärkt, dass die Versicherten nicht mehr selbst über ihre Kassenleistungen entscheiden können, sondern von den Arbeitgebern bevormundet werden.



Nichtversicherte schaffen über Versicherte an

Die Wirtschaft entscheidet dann, ob ArbeitnehmerInnen eine medizinische Versorgung zusteht, eine Reha bewilligt oder wie mit erkrankten Kindern, Alten und Pflegebedürftigen umgegangen wird. Sie kann Höhe und Bezugsdauer des Krankengeldes festlegen. Die von Wirtschaftskreisen und von FPÖ – Haimbuchner erhobene Forderung den **ersten Tag jedes Krankenstandes als Urlaubstag** zu werten, ist dann keine Utopie mehr. (FPÖ-Publikation „Mut zur Wahrheit“, Hrsg. Manfred Haimbuchner, Seite 42, Pkt. 22).

Die neun Ländergebietskrankenkassen werden zu einer zentralistisch geführten Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) fusioniert und degradiert. Die GKK verlieren ihre Budgethoheit, Personalhoheit, Selbstständigkeit und Rechtspersönlichkeit. Sie sind gegenüber der Wiener Zentralstelle (ÖGK) weisungsgebunden und nur mehr für „Pseudoaufgaben“ zuständig. Längere Entscheidungswege und erhöhter bürokratischer Aufwand sind die Folgen.

Vernichtende Kritik des Rechnungshofes an Fusion – Defizit der ÖGK prognostiziert

Gehörig zerzaust vom Rechnungshof (RH) werden die Kosten- und Sparziele im Gesetzesentwurf von türkis/blau. Beim angepeilten Sparziel von einer Milliarde Euro bis 2023 ist im Regierungsentwurf der FPÖ- Sozialministerin plötzlich von 350 Millionen Euro bis 2026 die Rede. In Wahrheit sei das Sparpotential bis 2013 ca. 33 Millionen Euro, bei dem überdies völlig unklar ist, wie man zu dieser Summe komme. Außerdem wurden die Kosten der Fusion von der Regierung nicht beziffert.

Rechnungshof: Vernichtende Kritik an Fusion der Krankenkassen
RH-Präsidentin Kraker warnt auch vor Mehrkosten, die nicht berücksichtigt wurden.

Es fehlen transparente und nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen. Das Spiel mit Zahlen muss beendet werden.“
Margit Kraker, Rechnungshofpräsidentin
Foto: APA
OÖN. 19.10.2018

Milliardengrab Zwangsfusion – Patienten müssen zahlen!

Für die Machtgelüste der türkis/blauen Regierung im Dienste der Industriekapitäne und Konzernherrsinnen werden die Versicherten und Patienten mit Selbsthalten, Ambulanzgebühren (die hatten wir schon einmal unter schwarz/blau) und Leistungskürzungen aufkommen müssen. Bisher konnten die ArbeitnehmervertreterInnen in den Selbstverwaltungen – die nun abgeschafft wird – das verhindern.

KREDITKARTE BEREIT?
Die Wirtschaftseliten entscheiden in Zukunft über die Selbsthalte!
Wirtschaft bekommt Mehrheit im Dachverband der Sozialversicherung

